Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 13

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Rätsel in Hong Kong: Indonesische Briefmarken mit chinesischen Sternen

Die seltsamen Briefmarken von Indonesien

Die Philatelisten in Hongkong stehen vor einem Rätsel. Bringt ihre Sammlertätigkeit einen Beweis dafür, dass China die Umwandlung Indonesiens in eine Volksrepublik vorbereitet hatte?

Es begann damit, dass ein Kunde die Ablage aufsuchte, in welcher man in Hongkong chinesische Briefmarken verkauft. Er erstand sich eine Packung von 200 chinesischen Gedenkmarken. Im Innern des Couverts, vermischt mit chinesischen Wertzeichen, entdeckte er seltsam anmutende indonesische Marken. Sie glichen einer bestehenden Sukarno-Serie, wiesen aber merkwürdige Abweichungen auf.

Die Worte «Republik Indonesia» unter dem Profil Sukarnos waren mit fünf kleinen Sternen überdruckt, und dafür war das Porträt von einer neuen Legende umgeben: «Republik Rakjat Indonesia», das heisst Volksrepublik Indonesien.

In ihrer ursprünglichen Form war die Sukarno-Serie erstmals in den frühen fünfziger Jahren herausgegeben worden, kurz nachdem Indonesien die Unabhängigkeit erlangt hatte. Die Serie bestand aus zehn Marken von verschiedenen Werten und verschiedenen Farbtönungen.

Der überraschte Sammler teilte seinen Fund der Presse mit, und das philatelistische Rätselraten begann. Was war der Ursprung dieser überarbeiteten indonesischen Briefmarken, und wie waren sie in die chinesische Packung gelangt? Die Ablage, in der man die Entdeckung gemacht hatte, zog sofort die übrigen Pakete mit den je 200 Gedenkmarken zurück. Dann bestritt sie, die indonesischen Briefmarken überhaupt je verkauft zu haben. Ihr Dementi wurde von der lokalen kommunistischen Presse veröffentlicht. Der indonesische Generalkonsul in Hongkong erklärte seinerseits die fraglichen Wertzeichen als Fälschungen. Es bestehe die Möglichkeit, dass sie aus anti-indonesischen Motiven hergestellt worden seien.

Nach einiger Zeit war aus Djakarta zu vernehmen, dass solche überdruckten indonesischen Briefmarken auch dort gefunden worden seien. Die Entdeckung hatte das Militär gemacht.

Die Wertzeichen waren offensichtlich letztes Jahr in der Erwartung überdruckt worden, dass der Staatsstreich vom 30. September gelingen werde. Dann wären sie vom neuen Regime in Umlauf gesetzt worden. Die Mitwirkung Chinas bei der Vorbereitung scheint wenigstens in philatelistischer Hinsicht erhärtet worden zu sein.

Bei dieser Gelegenheit hat man sich eines Parallelfalles aus dem Jahre 1949 erinnert. Damals hatten die neuen Machthaber in Peking eine nationalchinesische Gedenkmarke mit dem Kopf von Sun Jat-sen (Revolutionsführer 1911) mit einem Ueberdruck von fünf Sternen versehen, wie es auch im Falle der «Sukarno-Serie» geschah, worauf die neuen Wertzeichen in Zirkulation gesetzt worden waren.

Schulfach Touristenkunde

In der Primarschule des ungarischen Bezirks Veszprem am Balatonsee ist im Rahmen des polytechnischen Unterrichts ein neues Schulfach eingeführt worden: Touristenkunde.

Ob die Schüler dabei in erster Linie auf die praktischen oder auf die politischen Probleme des Tourismus vorbereitet werden, ist ungewiss. Aber sicher ist es, dass der Fremdenverkehr in Ungarn jetzt nicht mehr als blosser Volkswirtschaftszweig, sondern als eine nationale Angelegenheit von allgemeinem Interesse betrachtet wird. Erstmals nahmen dieses Jahr an der Budapester Konferenz für Tourismus nicht nur die direkt beteiligten Kreise, sondern auch die Vertreter der regionalen Partei- und Staatsbehörden sowie verschiedener Ministerien und zentraler Aemter teil. Möglichkeiten und Probleme des Tourismus werden in den Verantwortungsbereich auch der allgemeinen Oeffentlichkeit gestellt, die Bevölkerung der fraglichen Gebiete auf breiter Basis zum richtigen Umgang mit Ausländern angeleitet. Dass die Bemühungen bei der Schulbank beginnen, zeigt das Beispiel von Veszprem.

In den letzten fünf Jahren haben vier Millionen Ausländer das Land besucht, während gleichzeitig 3,7 Millionen Ungarn im Ausland weilten. Für 1966 liegen die Daten besonders günstig. Schon im ersten Vierteljahr stieg die Zahl der ausländischen Touristen um 60 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr.

Besondere Anstrengungen gelten gegenwärtig dem Touristenaustausch mit Jugoslawien, mit dem sich im Mai dieses Jahres auch ein neues Abkommen zwischen den beiden Ländern befasste. Zwischen 1960 und 1965 stieg die Zahl der ungarischen Besucher in Jugoslawien von 6500 auf 78 500, während in umgekehrter Richtung ein Anstieg von 7000 auf 85 000 verzeichnet werden konnte. Die Visumspflicht zwischen den beiden Ländern wurde 1965 abgeschafft, was sich dieses Jahr zweifellos in neuen Rekorden auswirken wird. Allerdings braucht der ungarische Ferienreisende, der nach Ungarn will, nach wie vor einen Pass, während er die Tschechoslowakei, Polen und Bulgarien auch ohne dieses Dokument bereisen darf. Der Grund für diese unterschiedliche Regelung liegt wohl darin, dass man von Jugoslawien aus ohne Schwierigkeiten nach Oesterreich und Italien gelangen kann. Durch die Ausstellung von Pässen für die Jugoslawien-Reisenden können die ungarischen Behörden potentielle Republikflüchtige an der Ausreise hindern.

Ausgerechnet!

In Ostdeutschland wurde ein Parteifunktionär zur Verantwortung gezogen, weil er einem Nebenerwerb nachgegangen war, der tatsächlich für einen Mann seines Standes etwas seltsam anmutet: Er stellte Fernsehantennen her, die den Empfang des westdeutschen Programms ermöglichen.

Der 27jährige ehrenamtliche Parteifunktionär gehört zu den besten Arbeitern im volkseigenen Leipziger Metallgusswerk. Seine sogenannten Yagi-Antennen baute er während der Freizeit und verkaufte sie dann. Ueber seinen Fall berichtete die Leipziger Hochschulleitung «Der Speer». Der junge Genosse habe nicht erkannt, heisst es dort, wie gefährlich der Gegner sei, dem er den Weg in die Köpfe anderer DDR-Bürger bahnte. Es sei eines Genossen unwürdig, die Position des westdeutschen Imperialismus gestärkt zu haben. Auch habe er gegen die statutarisch festgelegte Pflicht jedes SED-Mitgliedes verstossen, «die sozialistische Bewusstseinsbildung der Bürger im Geiste des proletarischen Internationalismus, die Liebe zur DDR, seinem sozialistischen Vaterland», zu fördern.

Aber versagt haben gleichzeitig, so meint das SED-Organ, auch die Genossen seiner Abteilungspartei-Organisation. «Manch einer von ihnen sah ihn die Antenne bauen und ging weiter. Auch der Meister — ein Genosse — griff nicht ein.»

Atomkraftwerk in der CSSR

Das in der Nordslowakei in der Nähe von Trnava entstehende erste tschechoslowakische Atomkraftwerk wird nun 1968 in Betrieb genommen, nachdem die ursprüngliche Frist von 1966 u. a. wegen Umgestaltung der Pläne nicht eingehalten werden konnte. Die Bauarbeiten sind im wesentlichen abgeschlossen, doch verzögert sich die Montage der Ausrüstung, weil die sowjetischen Lieferungen noch nicht einge-

troffen sind. Das Atomkraftwerk soll über eine Leistung von 150 Megawatt (MW) verfügen.

In der gleichen Gegend werden 1968 die Bauarbeiten für das zweite Atomkraftwerk begonnen, dessen Leistung mit 300 MW angegeben wird. Die Inbetriebnahme ist auf 1974 angesetzt. Bis 1980 plant man die Errichtung weiterer Atomkraftwerke, darunter eines 800-MW-Werkes, dessen Ausrüstung die Sowjetunion zur Verfügung stellen will. Das Angebot wird gegenwärtig in Prag geprüft.

Der Bau von Kernkraftwerken ist um so wichtiger, als die geologischen Bedingungen für den Kohlenbergbau immer schlechter werden. Nach tschechoslowakischen Schätzungen reichen die Kohlenvorräte für höchstens 20 Jahre aus, weshalb man ab 1975 keine Wärmekraftwerke mehr errichten kann.

Monatslöhne für Kolchosbauern

Nachdem man in der Sowjetunion vor einem Jahr erstmals die obligatorische Altersrente für Kolchosbauern eingeführt hat, geht man jetzt daran, ihnen eine fixe Entlöhnung zu gewährleisten, die sie der bisherigen materiellen Unsicherheit entreissen soll.

In einem gemeinsamen Partei- und Regierungsbeschluss der UdSSR wird den Kolchosen (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) empfohlen, den Bauern vom 1. Juli 1966 an feste Monatslöhne in Form von Geld und Naturalien zu bezahlen. Als Vergleichsgrundlage sollen die Tariflöhne der Landarbeiter auf den Sowchosen (Staatsgütern) herbeigezogen werden. Eine weitere Angleichung an die Sowchosverhältnisse wird zudem bei der Festsetzung der Leistungsnormen erstrebt. Zuzüglich zum monatlichen Minimallohn kann den Kolchosmitgliedern künftig auch ein Gewinn ausbezahlt werden, der den Ergebnissen der Jahresrechnung entspricht, falls der Kolchos einen Gewinn herausgewirtschaftet hat. Die Barentlöhnung erfolgt auf alle Fälle monatlich, während die Naturalentlöhnung auf die Ernteperioden Rücksicht nimmt.

Die Kolchosen müssen künftig die Geld- und Naturalienfonds, die für die neue Regelung erforderlich sind, in ihre Pläne aufnehmen. Sofern ein Kollektivbetrieb nicht in der Lage ist, die garantierten Monatslöhne auszuzahlen, ist die Staatsbank verpflichtet, ihm (zwischen 1966 und 1970) einen entsprechenden Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren zu gewähren, dessen Rückzahlung erst nach drei Jahren anläuft.

Das bisherige System der Entlöhnung hat sich im Verlaufe der nahezu 50 Jahre seit Einführung der Kollektivgüter seiner Ungewissheit für die Lohnempfänger wegen nicht bewährt. Die Kolchosen sahen sich in der Regel ausserstande, ihren Mitgliedern ein normales, gesichertes Einkommen zu gewährleisten. An sich wurde der Kolchosbauer auf Grund der jährlich festgestellten Einkünfte bezahlt. Wohl hatte man schon zuvor insofern mit einer Annäherung an Fixbesoldung experimentiert, als man den Mitgliedern monatliche Vorschüsse auf den voraussichtlichen Gesamtertrag hin gewährte. Der Versuch aber scheiterte weitgehend an der Häufigkeit von negativen Jahresbilanzen. Die Mitglieder wurden dann zu Rückzahlungen verpflichtet, was immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Kolchosleitungen geführt hat.

Die neue Partei- und Regierungsdirektive bahnt den Weg zu einer schon seit längerer Zeit diskutierten und geforderten Gewährleistung sozialer Sicherheit auf dem Lande, doch ist aus den gegenwärtigen Formulierungen noch nicht eindeutig ersichtlich, wie grundlegend die Neuerungen gemeint sind. Die Empfehlung bezeichnet die monatlichen Auszahlungen zwar nicht mehr als Vorschüsse, bestätigt aber auch nicht ausdrücklich, dass der auf den «Tagewerken» beruhende Gewinnanteil der Kolchosbauern abgeschafft ist. Vielleicht wird — vorübergehend oder überhaupt — an eine Verbindung der Systeme von Festbesoldung und Gewinnanteil gedacht. Jedenfalls besteht diesbezüglich eine gewisse Unklarheit, so dass man erst aus der Praxis erfahren wird, welche Vorteile das neue System den Kolchosbauern in der Praxis bringt. Weiterhin ist es ungewiss, was geschehen wird, wenn ein Kolchos nach drei Jahren seine Schulden bei der Staatsbank nicht zurückzahlen kann, worauf die weiteren Kredite gesperrt werden sollen.

Wettbewerb nach Schulabschluss

Die Tschechoslowakei will die Studentenzahlen gegenüber den ursprünglichen Planziffern zurückgehen lassen, um dafür die Qualität der Ausbildung zu erhöhen.

Wie der Unterrichts- und Kulturminister Jiri Hajek bekanntgab, sollen ab 1970 nicht mehr als 180 000 Studierende in den Universitäten des Landes eingeschrieben sein. Dies würde gegenüber der bisherigen Zielsetzung eine Verminderung um 20 000 Studenten bedeuten. Auch werden sich künftig die Absolventen von Hochschulen selbst um Arbeitsstellen bemühen müssen; dies im Unterschied zum gegenwärtigen System, bei dem sie von den Arbeitsvermittlungsämtern auf den Universitäten ihre Arbeitsplätze für die Dauer von mindestens drei Jahren zugewiesen erhalten.

Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka meldete Ende Mai, dass mehr als 40 Prozent der Universitätsabsolventen im nächsten Jahr auf Wettbewerbsbasis an verschiedenen Arbeitsplätzen eingestellt werden. Auf ähnliche Weise kommen etwa 60 Prozent der Maturanten nach Mittelschulabschluss zu ihren Stellungen. Die dazu veranstalteten Leistungswettbewerbe sind 1965 erstmals eingeführt worden, und zwar für die Sektoren Metallurgie, Lebensmittelproduktion, Konsumgüterindustrie, Gesundheitsfürsorge, Atomphysik und Kunst. Nun werden diese Prüfungen auf Ingenieurwesen, Elektrotechnik, Land- und Forstwirtschaft sowie Volkswirtschaft ausgedehnt. Als Begründung für die Neuerung gilt der Hinweis, dass sich das alte System der Arbeitsplatzzuweisung als wenig zufriedenstellend erwiesen habe.

Die tschechoslowakische Umstellung entspricht einem allgemeinen Trend in Osteuropa, das Ausbildungssystem neu zu überdenken, wobei die Dinge allerdings grossteils noch im Diskussionsstadium sind. Die Vorschläge variieren nicht nur nach den nationalen Besonderheiten der betreffenden Länder, sondern auch insbesondere nach der jeweiligen generellen Lage auf dem Arbeitsmarkt. In Jugoslawien mit seinem Ueberfluss an Arbeitskräften hat etwa Radio Zagreb darauf hingewiesen, dass die Ausbildung immer mehr zum entscheidenden Kriterium für den Anspruch auf einen Arbeitsplatz wird.

Das Leben auf dem Lande

Wie es in Ungarn auf dem Land aussehen kann, ergibt sich aus einem Leserbrief den ein ehemaliger Parteisekretär einer Kollektivwirtschaft an die Zeitung «Szabad Föld» (Budapest) gerichtet hat:

«Ich bin seit 20 Jahren Kommunist, aber ich habe mir alles anders vorgestellt. Die Bauern, die nach Arbeitseinheiten entlöhnt werden, erhalten 300 bis 400 Forint im Monat, die Festangestellten 2000 bis 2500 Forint. Manche, die einen der genossenschaftlichen Nebenbetriebe leiten, verdienen in ein bis zwei Monaten ebensoviel wie der Durchschnitt im ganzen Jahr. Wir müssen zusehen, wie die Viehzucht mit Verlust arbeitet, und wie in den früheren Dienstbotenwohnungen 17 Familien unserer Mitglieder in Elendsquartieren hausen, obwohl sie rechtschaffen ihren Teil zu den Arbeiten beitragen. Wir müssen zusehen, wie Unterschiede gemacht werden zwischen Mensch und Mensch. Dem einen werden 0,40 Forint für das Kraut bezahlt, dem anderen — der anscheinend eine andere Sorte Mensch ist — aber 1,60 Forint. Einer wird für den Schaden von 20 Forint zur Verantwortung gezogen, einem anderen wird auch ein Schaden von 100 00 Forint nachgesehen. All dies geschieht in einer sozialistischen Genossenschaft. Nein, Genossen, so habe ich mir das nicht vorgestellt, und ich leugne es nicht, ich bin verbittert ...»

In Kürze

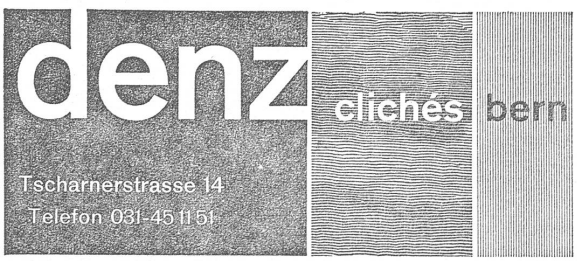
Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka erklärte am 20. Mai, dass die CSSR mit einem jährlichen Bierverbrauch von 130,4 Liter pro Kopf an der Spitze aller Bier trinkenden Nationen der Welt stehe. Genau acht Tage später meldete Radio Bratislava, dass in der Slowakei eine bedrohliche Bierknappheit herrsche, die sich laufend verschlimmere. Wenn man also erst die slowakische Notsituation (nur 116 Liter pro Person und Jahr) verbessert hat, wird sich der Weltrekord noch steigern lassen.

*

Laut Albanien sind die Sowjets verantwortlich für den Streik der britischen Seeleute. In einer Sendung von Radio Tirana hiess es, die Labour-Regierung von Harold Wilson vertrete seit langem einen «Anti-Arbeiter»-Standpunkt und werde darin von der Moskauer Regierung unterstützt. Wilson habe Moskau mehrfach besucht und habe dort Rückendeckung für seine «Anti-Arbeiter-, antinationale und kolonialistische Politik erhalten. Wilsons Wirtschaftspolitik werde dazu führen, dass Tausende von Bergleuten ihren Arbeitsplatz verlören. Dennoch forderten die Sowjets nach wie vor «die Einheit, Zusammenarbeit und sogar Union zwischen kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien».

*

Am Parteitag der Mongolischen Volksrepublik haben aus China und Albanien keine Delegationen teilgenommen. Die sowjetische Abordnung wurde von Scheljepin angeführt. Wie schon beim Kongress der KPdSU, waren in Ulan Bator auch Vertreter Nordvietnams und der südvietnamischen «Nationalen Befreiungsfront» anwesend.

*

Die ostdeutsche Buchproduktion ist zurückgegangen. Die rückläufige Entwicklung zeigte sich bei einem Vergleich zwischen den Ergebnissen der ersten vier Monate von 1966 mit der entsprechenden Vorjahresperiode. Als Gründe werden mangelnde Ausrüstung der polygraphischen Industrie und mangelnde Koordination angegeben.